

2. Um diesen Auftrag, der im strengen Sinn *welthafter Glaubensdienst* ist, zu erfüllen, muß sie die Gesellschaft in ihren empirischen wie in ihren transempirischen Sinnzusammenhängen *kennen*, sonst wird sie selbst der Ideologisierung verfallen und sich immer wieder jenen verbinden, die Fetische und Kurzformeln anzubieten haben, aber keine genaue Kenntnis der Realität, die aber mit Hilfe solcher Fetische und Kurzformeln die Realität „politisch“ instrumentalisieren. Wir werden also in der Kirche, die Klärung des eigenen Gesellschaftsbezuges vorausgesetzt, uns zuallererst um eine saubere Erfassung der Gesetze gesellschaftlichen Zusammenlebens bemühen müssen. Das gilt in besonders aktueller Weise auch für den Begriff Leistungsgesellschaft, mit dem sich die Gemeinsame Synode nach wie vor beschäftigt. Nur wenn der ganze Komplex, von den vielen sprachlichen, psychologischen und politischen Mißverständnissen befreit, auf seinen realen Kern gebracht ist, lassen sich auch wirksame Modelle und Regeln zur Überwindung ihrer negativen Wirkungen, auch ihrer Wirkungen auf benachteiligte Gruppen angeben und ein Stück weit beheben. Die Lehrstühle für christliche Gesellschaftslehre, um die es so still geworden ist, hätten hier in Zusammenarbeit mit ihren Kollegen aus den empirischen Fächern einen präzisen und zugleich gewichtigen Lehr- und Forschungsauftrag, nicht zuletzt um einen gezielteren Umgang von Theo-

logen und kirchlichen Amtsträgern mit gesellschaftlichen Fragen zu sichern. Dies wäre um so wichtiger, als, wie *Henno Helbling* vor einiger Zeit anmerkte (NZZ, 27. 8. 72), die Befugnis der Kirchen in gesellschaftlichen Fragen sich praktisch am Urteilsvermögen derer (entscheidet), die im Namen der Kirchen auf die bestehenden Verhältnisse einwirken können.

3. Die Kirche könnte vielleicht einen noch konkreteren Beitrag zum Abbau von Emotionalität im Verständnis von Gesellschaft beisteuern, indem sie ihre Bildungseinrichtungen, vor allem ihre Akademien und die anderen Stätten der Erwachsenenbildung, mehr für die Begegnung und die Aussprache zwischen Anhängern verschiedener Gesellschaftsideologien und konträrer Systemanalysen nützt. Die französischen Bischöfe haben in ihrem Schreiben über Kirche und Politik vom Oktober 1972 der Kirche ihres Landes diese Anregung für den politischen Bereich gegeben; sie hat für die Erörterung und Klärung ideologisch verfremdeter gesellschaftlicher Tatbestände nicht weniger Sinn. Wir, die Kirche, könnten dabei lernen, und das Gelernte könnte sowohl auf die sozialen Bildungseinrichtungen der Kirche wie auf ihre Sozialverkündigung zurückwirken. Ein Mehr an mühseliger, weil gründlicher Diskussion, könnte so auch ein Mehr an eigener Standpunktsicherheit bedeuten. *D. A. Seeber*

## Kirchliche Vorgänge

### Kongreß italienischer Zeitschriften in Florenz

Eine Gruppe von zwölf italienischen Zeitschriften, die sich selbst zur kirchlichen Avantgarde zählen, versammelte sich vom 15. bis 17. Dezember in Florenz zu einem eigenen Kongreß. Der Zweck der Zusammenkunft war, vom gegenseitigen Gedankenaustausch abgesehen, sich selbst und den Lesern bzw. Sympathisanten gegenüber schlüssig zu werden, welche Aufgaben der religiös-kirchlichen Information im Kontext der italienischen Gesellschaft gestellt sind. Die bekanntesten in Florenz vertretenen Zeitschriften waren „Idoc-int“ (ital. Ausgabe, Rom), „Testimonianze“ (Florenz, gegründet und geistig geführt von dem Skolopianerpater *Ernesto Balducci*), „Il Regno“ (Bologna), „La Rocca“

(Sprachrohr der Gruppe „Pro Civitate Christiana“ in Assisi). Die Tagung war öffentlich. 300 Personen nahmen insgesamt daran teil. Bei den in Florenz vertretenen Publikationsorganen handelte es sich durchwegs um Zeitschriften der sog. katholischen Linken.

#### Standortbestimmung auf der Linken

Zum Verständnis dieses Kongresses ist einiges vorzuschicken: Nach *Jahren des enthusiastischen Neubeginns* unmittelbar nach dem Konzil, in denen ein grundlegender Wandel der Kirche in Italien so manchem zum Greifen nahe schien, nach den Erwartungen,

die die Mobilmachung der Jahre 1968 bis 1970 im politischen Bereich geweckt hatte, durchlebt die katholische Linke gegenwärtig eine Phase des Bilanzierens und Prüfens. Die große Frage, die sie sich stellt, lautet: Warum sind die Erwartungen jener Jahre enttäuscht worden? War die Nachkonzilszeit nur ein kurzlebiger Aufbruch? Kann der *Weg des (gemäßigten) Reformismus* auch jetzt noch zu einem Ziel führen?

Der gemäßigte, aber stark intellektuell geprägte Reformismus war die „Richtung“ gewesen, die die Zeitschriften gleich nach dem Konzil unterstützten. Doch die Hoffnungen, die den Anfang beflügelten, rieben sich sehr bald an

jenen beherrschenden Kräften des katholischen Italiens, die vornehmlich daran interessiert sind, daß alles so bleibt, wie es einmal war. In manchen Sektoren des katholischen „Progressismus“ wurde schon damals bezweifelt, ob man mit einem gemäßigt reformistischen Programm in der Lage sein würde, grundlegende Reformen zu propagieren und durchzusetzen. Jene Kräfte treten mit dem Reizwort „*alternative*“ (der Titel einer Zeitschrift des MPL — Movimento Politico dei Lavoratori, der „Politischen Arbeiterbewegung“ des Ex-Vorsitzenden der ACLI, *Luigi Labor*, die bei den letzten Parlamentswahlen nicht einmal einen Achtungserfolg erzielt hatte) unter einem Programm an, das eine Art Gegengesellschaft sozial-reformerischer Prägung zum jetzigen kirchlichen und politischen Leben Italiens darstellen soll. Es ist klar, daß die Sympathisanten dieser Strömungen — verschiedene Basisgruppen, ACLI, MPL — im politischen Spektrum Italiens links bis ganz links angesiedelt sind, vom Reformflügel der DC bis zu den Linksozialisten (PSI) und zu den Kommunisten.

Es war die Zielsetzung des Florentiner Kongresses, sich über den Weg zwischen dem gemäßigten Reformismus und dem Programm der „*alternative*“, das das Bekenntnis zum Klassenkampf mit einschließt, klarzuwerden. Den Anstoß dazu gaben offensichtlich zwei Vorgänge: im politischen Bereich das Ergebnis der *Wahl vom Mai 1972*, das zu einer Ablösung des Centro-sinistra durch eine stärker konservativ geprägte Regierung des Zentrums unter (vorläufigem) Ausschluß des PSI führte; im kirchlichen Bereich die *Neuorientierung der ACLI*, der christlichen Arbeiterbewegung Italiens, der seit ihrer radikalen Wendung zu einem sozialistischen Programm in den letzten zwei Jahren und nach der Abspaltung von zwei Minderheitengruppen nun endgültig klarwerden mußte, daß der Episkopat und der Vatikan nicht gewillt sein würden, diese ihre Entscheidung hinzunehmen oder gar zu billigen.

## Verschiedene Richtungen

Es gehört zum Selbstverständnis der genannten Zeitschriften, daß religiöse Information niemals von den politischen und gesellschaftlichen Aspekten absehen kann, die sie selbst widerspiegelt. Nicht aus Zufall zeigen alle christlich orientierten Basisgruppen, die dem italienischen Katholizismus gegenwärtig so lebhaft und mannigfaltige Züge einprägen, sowohl ein starkes religiöses wie ein ebenso starkes gesellschaftliches Engagement.

Am Beginn der Florentiner Tagung stand eine Art *Rechenschafts- und Besinnungsbericht* von Pater *Ernesto Balducci*, dem führenden geistlichen Kopf unter der katholischen Linken. Der Bericht war im Team erstellt worden. Die Zeitschriften wollten damit ihren Sympathisanten und Lesern ihre eigene Situation innerhalb des gegenwärtigen politischen und kirchlichen Lebens Italiens vergegenwärtigen.

Durch ihren Sprecher räumten die Zeitschriften ein, *Mitursache der Aufbruchstimmung während des Konzils und der unmittelbaren Nachkonzilszeit* gewesen zu sein. Von ihnen waren in der Tat nicht wenig erneuernde Impulse ausgegangen. Auf der Suche nach einem neuen „Gesicht“, das der italienische Katholizismus nach dem Konzil hätte finden sollen, hatten die Zeitschriften den Weg des Reformismus als den ihnen gemäßen angesehen: Man glaubte durch eine intelligente Erneuerungsarbeit, durch die Reform der kirchlichen Strukturen (Kurie, Diözesen, Seminare, Pfarreien) und der Verbindungslinien zwischen Kirche und Staat (Konkordat, konfessionelle Partei) dieses neue Gesicht schaffen zu können.

Diese Periode des Enthusiasmus führte jedoch zu der *kirchlich-politischen Polarisierung* der Jahre 1968 bis 1971: auf der einen Seite die Basisgruppen, die studentische Kontestation, die Option der ACLI für den Sozialismus, die Gemeinden des Isolotto und der Oregina in Florenz bzw. in Genua; auf der andern Seite die defensive Hal-

tung seitens der kirchlichen Institutionen: verschiedene Basisgruppen erregten das Mißtrauen der Bischöfe, der Isolotto geriet sogar in einen Zivilprozeß (wegen „Gotteslästerung“), die ACLI handelten sich erwartungsgemäß die Absage der Bischofskonferenz und auch des Papstes ein. Die Unruhen an den Universitäten führten zum Masseneinsatz von Polizei. Die Wahlen vom letzten Mai machten in der Perspektive dieser Zeitschriften endgültig klar, daß die Reformideen nur von einer *kleiner Minderheit* aufgenommen werden und daß der Durchschnittschrist sich nicht von den traditionellen Formen seines politischen und religiösen Bekenntnisses trennen will.

Angesichts dieses Mißerfolges spontaner Reformbewegungen wollte *Attilio Monesta* (Testimonianze) in einem anschließenden Referat zwei Folgerungen für den künftigen Weg ziehen: Erstens, er befürwortete eine klare Annäherung an die kommunistische Partei, weil sie am ehesten in der Lage sei, die Reformanliegen in den verschiedenen Sektoren des öffentlichen Lebens zu vertreten. Zweitens, eine engere Verbindung der Zeitschriften mit den Spontanbewegungen, d. h. mit den Gruppen, Organisationen und Kreisen, die politisch im allgemeinen links angesiedelt sind. Drittens, eine größere Sensibilisierung des Mittelstandes, aus dem die Intellektuellen, die in erster Linie die Leser der Zeitschriften sind, größtenteils herkommen.

Diesem Referat folgten einige grundsätzliche Orientierungsfragen: Sollte diese Option nach links zugleich eine Entscheidung für den *Klassenkampf* und für ein marxistisches Gesellschaftsverständnis sein? Weiter wurde gefragt, ob die marxistische Analyse auch auf die innerkirchliche „Dynamik“ (z. B. auf die Art der Selbstverteidigung der Institutionen) anwendbar sei. Andere meinten, ob es nicht notwendig sei, bei der Umsetzung der religiösen Information ein *Verständnis von Religion* zu praktizieren, die frei sei von den traditionellen „ekkesiozentrischen Überbauten“, damit so

sichtbar werde, daß die wahre Religion in der Nähe zum Menschen in seiner Solidarität und Teilnahme am Leben der Kirche und der Gesellschaft zu sehen ist.

Diese Fragen beherrschten im wesentlichen den Kongreß, der in drei Arbeitskreisen weiterdiskutierte:

Ein erster analysierte den Begriff vom Volk Gottes als *Subjekt* religiöser Information: Man forderte das Ende einer religiösen Information, die hauptsächlich in der Vermittlung von Nachrichten aus dem Bereich der Hierarchie bestünde. In einer ekklesiologisch gewiß problematischen Wendung hieß es, das Kirchenvolk formiere sich selbst in seinen Zielsetzungen und Hoffnungen, Aufgabe der Information sei es, dieses „Wachstum im Glauben“ zu vermitteln.

Eine zweite Arbeitsgruppe analysierte die *religiöse Information in der großen Tagespresse*. Man stellte fest, was jeder Leser der italienischen Presse feststellen kann, daß diese vornehmlich über den Papst, über die Bischöfe, über mehr oder weniger zurechtgezimmerte Skandale im Klerus: mit einem Wort, über die Sensationsgesichtspunkte im kirchlichen Leben berichten. Man beklagte sich darüber, daß gerade in politisch wichtigen Augenblicken (etwa vor den Wahlen) fast jede Tageszeitung Äußerungen von Bischöfen zugunsten der Partei oder der sozial-ökonomischen Interessen, denen man diene, zu instrumentalisieren suche. Die Kirche werde gesehen als eine politisch-gesellschaftliche Macht, Religion stehe im Geruch des Sentimentalen und Abergläubischen und gelte als Instrument zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung.

Die dritte Gruppe diskutierte einige *regionale Umfragen über die italienische Volksreligiosität*. Es konnten einige wenige Konstanten für das Verständnis religiöser Haltungen erarbeitet werden, die dazu dienen sollten, im Informationsprozeß die wirklich gegebene kulturelle Stimmung im Volk besser zu berücksichtigen.

## Keine einheitliche Antwort

Während der ganzen Diskussion hatte der Kongreß jedoch *keine einheitliche Antwort* auf die eingangs gestellten Fragen gefunden. Eine Richtung, die in den Diskussionsbeiträgen stark vertreten war, deren Ansichten aber keineswegs in den Redaktionen selbst gebilligt werden, erklärte sich „angesichts des Scheiterns des reformistischen Weges“ kurz und bündig für den Klassenkampf im Innern der Kirche. Über diesen Kampf müsse man zu einer radikalen Umschichtung (*ridimensionamento*) der Strukturen kommen gewissermaßen als Begleitmaßnahme einer globalen Befreiung des Menschen auch im sozialen und politischen Bereich, und diese Befreiung müsse den Umsturz der gegenwärtigen kapitalistischen und bürgerlichen Ordnung des Staates einschließen: eine radikale Option also im Sinne der „alternative“.

Ein gemäßigterer Flügel teilte die Notwendigkeit der *Anwendung aller wissenschaftlichen Instrumente bei der Analyse von Gesellschaft und Kirche*, die uns heute zur Verfügung stehen: vom Marxismus bis zur Psychoanalyse. Man akzeptierte den Nutzen solcher Analysen, aber man war sich auch darüber im klaren, daß sich das Gespräch mit der Kirche darin *nicht* erschöpfen kann, weil diese auch eine *Tatsache des Glaubens* ist.

Stark spiritualistisch geprägt zeigte sich eine dritte Gruppe. Ihr Problem war vor allem die Glaubensvermittlung. Sie hatte jedoch einen Glauben im Blick, der von allem befreit werden müßte, was ihn hindert, den „neuen Menschen“, der aus den gesellschaftlichen Kämpfen hervorgeht, anzunehmen, einen Glauben, der ja sagt zur Geschichte, der in den Zeichen der Zeit, die zu ständiger Konfrontation mit der je entstehenden Gesellschaft verpflichtet, entdeckt wird.

Der Kongreß führte jedoch zu einigen praktischen Folgerungen. Man beschloß: 1. *regelmäßige Begegnungen* zwischen den Redaktionen einzurich-

ten, die sich jeweils mit einem besonders drängenden Problem Italiens beschäftigen sollten (z. B. mit dem bevorstehenden Referendum zur Abschaffung des Scheidungsgesetzes). Auf die Weise hoffte man, unter den Katholiken nach und nach zu einer gemeinsamen Auffassung zu kommen; 2. enge *Verbindungen mit den kirchlichen Basisgruppen*, die ihrerseits den Zeitschriften ihre Informationsdienste mit ihren Ergebnisberichten zur Verfügung stellen sollten. Diese Gruppen erhofften sich davon eine Verbreitung ihrer Ideen und Initiativen in einer größeren Öffentlichkeit und damit mehr Zuspruch aus dieser Öffentlichkeit; 3. die *Bestätigung der Wendung nach links* als den ihrer Ansicht nach besten Modus, in der gegenwärtigen Situation Italiens Kirche zu sein. Dieses Bekenntnis nach links schließt die innere Nähe zu den politischen Parteien der Linken mit ein.

## Der italienische Hintergrund

Der deutsche Leser tut sich vermutlich schwer, die hier referierten Fakten und Meinungen politisch und kirchlich einzuordnen. Deswegen ist ergänzend zweierlei zu sagen:

1. Die in Italien *zahlreich vorhandenen Spontangruppen*, die sich im Anschluß an das Konzil gebildet und in einer Reihe von Zeitschriften ihren publizistischen Ausdruck gefunden haben, verstehen sich in ihrer übergroßen Mehrheit nicht nur als kirchliche Bewegungen, sondern ebenso als politisch engagierte Reformgruppen. Das soziale *und* das kirchliche Element sind bei ihnen engstens verstrickt. Allerdings zeichnet sich ein Weg ab, der bei der Beurteilung dieser Gruppen ebenfalls bedacht sein muß. Soweit es sich bei den Spontangruppen (diese sind ein allgemeines Phänomen der Gesellschaft in Italien) um kirchliche Gruppen handelt, hat das politische Engagement gegenüber dem ursprünglichen stärker spirituellen Ausgangspunkt ständig zugenommen. Es scheint bei vielen das Übergewicht zu erhalten.

2. Wie in Frankreich gibt es auch in Italien unter den Katholiken nicht wenig engagierte Reformer, die sich zur *radikalen Linken* bekennen. Nicht zufällig zählt die Gruppe des „Manifesto“, die die kommunistische Partei Italiens der Verbürgerlichung bezichtigt und sich links von ihr angesiedelt hat, unter ihren Mitgliedern zahlreiche Katholiken. So gesehen, können auch gewisse *Sympathien für die kommu-*

*nistische Partei* innerhalb dieser Gruppen und der sie stützenden Publikationsorgane nicht überraschen. Schon die Tatsache allein, kirchliche und gesellschaftliche „Opposition“ zu sein, führt sie in eine teils operative, teils ideologische Nähe kommunistischer Kräfte, weil die kommunistische Partei in Italien die oppositionelle Kraft schlechthin ist und kirchliche und politische Opposition sich überschneiden.

## Die EKD-Synode in Bremen

Die 6. Tagung der Vierten Synode der EKD-West in Bremen vom 3. bis 6. Januar 1973 beendete ihre Legislaturperiode, wie immer von Themen überhäuft, mit einem Torso zur Reform der Grundordnung, nachdem es auf der Tagung von Anfang Oktober 1972 in Berlin-Spandau nicht gelungen war, den vom Präses Prof. *Ludwig Raiser* vorgelegten 2. Entwurf zu einer neuen Grundordnung durchzubringen. Man kann fast von einer tragischen Synode sprechen, in deren Periode die EKD auseinanderbrach; und immer noch ist nicht die neue Rechtsform der seit drei Jahren angesteuerten „Kirchengemeinschaft“ gefunden, letztlich aus tief gegründeten konfessionellen Fragen, die auch mit der „Leuenberger Konkordie“ nicht bereinigt wurden. Darum verfangen im Oktober die starken Appelle von Prof. Raiser, der auch Vorsitzender des Verfassungsausschusses ist, nicht, die Landeskirchen sollten endlich auf ihr seit 1948 „ungebrochenes Selbstbewußtsein“ verzichten.

### Was wird mit der „Grundordnung“?

Die Einwände blieben stärker. Zumal der Ratsvorsitzende Landesbischof *Hermann Dietzfelbinger*, Hüter des unverfälschten lutherischen Erbes insistierte auf der „gesunden Lehre“ als Voraussetzung einer Kirchengemeinschaft und betonte die Priorität der Seelsorge einer genuinen Kirche Jesu

Christi, für die die Solidarität mit den Kranken, Entrechteten und Leidtragenden das Wichtigste sei: „Schutt- abladeplatz für die gefährdete Welt“. Auch diesmal betonte er in seinem Rechenschaftsbericht das Festhalten an der „Volkskirche“ gegenüber einer „Entscheidungskirche“ und forderte, zuallererst „die Gemeinden stark zu machen“. An dem 3. Entwurf zur Grundordnung, der mit einigen Änderungen schließlich als Entwurf angenommen wurde „mit der Bitte an die 5. Synode, ihn aufzunehmen und für die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens zu sorgen“, hatte er wiederum keine ungeteilte Freude.

Für Außenstehende ist es fast müßig, nochmals auf die Einzelheiten der Kompetenzfragen einzugehen, die hier anlässlich des 1. Entwurfes ausführlich dargelegt wurden (vgl. HK, Dezember 1971, 560—562). Es muß die pauschale Feststellung genügen, daß jetzt anstelle des „Bundes bekenntnisbestimmter Kirchen“ ohne volle Abendmahlsgemeinschaft gemäß der Grundordnung von 1948 im neuen Artikel I formuliert wurde: „Die EKD umfaßt lutherische, reformierte und unierte Kirchen (Gliedkirchen) mit ihren Kirchengemeinden und Kirchenmitgliedern. Zwischen den Gliedkirchen besteht Kirchengemeinschaft, die Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft einschließt.“ Hinzugekommen ist als Neuerung, daß die VELKD als Ganze neben den Gliedkirchen erscheint. Zu-

nächst werden die Landeskirchen bis zum 30. November 1973 zu dem verbindlich ihnen überstellten Entwurf ihr Urteil abgeben. Die demnächst zu wählende 5. Synode, die im Mai 1973 in Coburg zu ihrer ersten Tagung zusammentritt, kann demnach den Bremer Entwurf noch nicht annehmen. Nicht ohne Bedauern erklärte Prof. Raiser, die Einigung über die theologische Grundlage der Kirchengemeinschaft werde, wenn überhaupt, erst in einigen Jahren erreicht werden, die Neuordnung einer zentralen Verwaltung brauche noch über ein Jahrzehnt! Offengeblieben ist auch, ob man künftig in den Rat der EKD ein oder mehrere hauptamtliche Mitglieder berufen soll. Vielleicht muß man aus dem intensiven Ringen um eine neue Struktur der EKD die allgemeine Lehre ziehen, daß tatsächlich Strukturfragen nicht mehr so entscheidend sind, sondern die Sorge um die Substanz.

### Umdenken in der Entwicklungshilfe

Unter den vielen aktuellen Themen stand die Frage kirchlicher Entwicklungshilfe diesmal sehr im Vordergrund. Vizepräsident *Rudolf Weeber*, Stuttgart, erklärte dazu: „Die Chance der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst ist es, eine geschichtliche Fehlentwicklung ein wenig zu korrigieren“, daß nämlich in der staatskirchlichen Vergangenheit Kirche, Mission und Diakonie sich getrennt entfaltet haben. Daraus sei die Vielfalt der Institutionen entstanden, die man heute nicht mehr zusammenführen könne. Immerhin sei man von Einzelprojekten schon mehr zu regionaler Entwicklung übergegangen. Da die in den Kirchen aufgebrachten Mittel für Entwicklungshilfe rund 10 v. H. der staatlichen Entwicklungshilfe ausmachen, sei der Ertrag nicht gering. Er hoffe, daß mit der vor der Veröffentlichung stehenden *Denkschrift zur Entwicklungshilfe* noch besser geplant werden könne.

Minister *Erhard Eppler*, selber Mitglied der Synode, berichtete in Bremen zu-